Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67877.

Nr. 97. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 28. April 1931. | 13. Jahrgang.

Nimm, was der Herr dir gibt, er gibt das Groß' im Kleinen,
In schlechten Schlacken Gold, ob wir's zwar nicht vermeinen.
Angelus Silesius.

Das Deutschtum in Holland.

Holland war für Deutsche immer ein Magnet. Die Deutschen haben sich in Holland seit jeher wohl gefühlt. Die erste Einwanderung großen Stiles erfolgte zu einer Zeit, als das im Dreißigjährigen Kriege materiell und seelisch verblutete Deutschland auf das im Zenith seiner Macht und in der größten Blüte seines Reichtums stehende Holland blickte. Der 80-jährige Krieg mit Spanien war für die Niederlande glücklich beendet, Rembrandt schuf seine reifsten Werke. In dem auch für die deutsche Handelsbetätigung so wichtigen indischen Archipel legte Jan Pieterszoon Coen nach jahrzehntelangem Kampf mit Engländern und Portugiesen den Grundstein zu einem festgefügten niederländischen Kolonialreich. Kein Wunder, wenn selbst Fürsten von der wirtschaftlichen Kraftsonne Hollands angezogen wurden. Der Gründer Groß-Brandenburgs, der Große Kurfürst, lebte drei Jahre entweder am Hofe Frederik Hendriks, dem „Vater des Vaterlandes", oder seinen Studien an der berühmten Leidener Universität. Er nahm sich von hier seine Gemahlin, Louise Henriette von Oranien, mit. Die Ausstrahlungen holländischer Größe drangen sogar über Deutschland hinaus bis nach Moskau vor: Der Berliner Dichter, Schauspieler und Komponist Lortzing hat durch seine Oper „Zar und Zimmermann" den niederländischen Lebensabschnitt Peters des Großen volkstümlich gemacht. — Schon als Hollands Macht durch aufreibende Kriegs- und Wirtschaftskämpfe mit Albion sank, blieb es im 18. Jahrhundert das begehrte Ziel der Deutschen, so daß Friedrich der Große, der vielen Anträge um Ausreiseerlaubnis nach Holland überdrüssig, dem Akademiker Bitaubé, welcher eine Geschichte der Niederlande schreiben wollte, auf den Rand seines Gesuches schrieb: „Er kann hier die Historie schreiben, was braucht er deshalb herumzulaufen", und dieser alte Fritz war alles andere als hollandfeindlich. Im Gegenteil, Hollands schöpferische Kräfte bestimmten ihn sogar, den niederländischen Baumeister Johannes Boumann nach Berlin zu holen, der dann nach dem Beispiel Amsterdams das Potsdamer Rathaus, die Häuser der holländischen Kolonie, die katholische Hedwigskirche in Berlin errichtete und es sogar zum preußischen Oberbaudirektor brachte.

Waren es vorwiegend kulturelle Gründe, die damals Holland eine ungeheure Anziehungskraft verliehen, so spielte die Wirtschaft für die zweite deutsche Einwanderungswelle die Hauptrolle. Das war zu der Zeit, in der sich Rotterdam und Amsterdam zu Häfen des großen Weltverkehrs entwickelten. Die zunehmende Industrialisierung Deutschlands, vor allem Westdeutschlands, machte den auf niederländischem Gebiet zum Meere zufließenden Rhein zur natürlichsten, bequemsten und billigsten Verkehrsader. Erze und Grubenholz, die die deutschen Hochöfen und Zechen brauchten, fuhren hinauf; Roheisen, Halb- und Fertigwaren der deutschen Schwerindustrie schwammen zur Ausfuhr über See nach Rotterdam und Amsterdam hinab. Die beiden Städte erkannten mit klugem Blick die Bedürfnisse der Zukunft und schufen sich unmittelbare, bequeme und leistungsfähige Zugänge zum Meere durch kostspielige Kanalbauten. Rotterdam ließ in den Jahren 1866 bis 1890 den Nieuwe Waterweg, der den Hafen schleusenlos mit dem Meere verbindet, graben; Amsterdam begann fast zu gleicher Zeit mit der Anlage des Nordseekanales, der in den Jahren 1865 bis 1876 entstand und dadurch die umständliche, zeitraubende und den Größenmaßen der modernen Schiffe nicht mehr Rechnung tragende Ausfahrt durch die Zuidersee ablöste. Den Vorsprung Rotterdams, das durch die Vereinigung von Maas und Waal (Rhein) eine direkte Rheinverbindung hatte, suchte Amsterdam durch Schaffung eines Kanales zum Rhein auszugleichen; so entstand der 1892 dem Verkehr übergebene Merwedekanal. Die deutsche Industrie schuf eigene Niederlassungen in beiden Häfen oder beteiligte sich an bestehenden holländischen Unternehmungen. Deutsches Personal kam zu dieser Zeit, wo vier Fünftel des gesamten Rheinverkehrs über holländische Häfen ging, in großer Anzahl nach Holland. Wie auffällig diese Einwanderung beobachtet worden ist, zeigt der Baedeker „Belgique et Hollande", Ausg. v. 1910, indem er von Rotterdams Einwohnerzahl schreibt: „Rotterdam zählt 420 000 Einwohner, von denen ein Viertel Katholiken, 10 000 Juden und 20 000 Deutsche sind." Am Ende des vorigen Jahrhunderts entstanden auch die deutschen Kirchengemeinden in Holland. Deutsche Vereine gewannen festere Formen.

Nach dem Niederbruch setzte eine neue starke Einwanderung ein. Das Hauptkontingent der Deutschen stellten Hauspersonal und Bergarbeiter. Man könnte daher diese Welle die soziale nennen. Die auffallende deutsche Bergarbeitereinwanderung fand ihre Ursache im schnellen Ausbau der holländischen Gruben im Limburger Becken, das genügend geschulte Kräfte nicht aufbrachte. Hier befindet sich auch die größte Zeche der Welt (Maurits), und erstaunt werden Uneingeweihte darüber sein, daß die holländischen Gruben schon über 11 Millionen Tonnen Steinkohlen jährlich fördern, so daß Holland im Notfalle seinen Eigenbedarf, der auch etwa 11 Millionen Tonnen beträgt, aus der nationalen Produktion decken könnte.

Nach 1918 haben sich nun die meisten deutschen Gruppen Zweckformen gegeben. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband gründete (sich am deutschen Gesamtleben in Holland führend beteiligende!) Ortsgruppen, kulturellgesellige Vereine entstanden, Schulvereine strebten nach Ausbau deutscher Schulen, von denen heute schon zwei aus einer Gesamtzahl von drei höheren und drei Volksschulen bis zum Abitur vorbereiten.

Die Tätigkeit der Sport- (Turn- und Ruder-) Vereine belebte sich, die Bergarbeiter gaben sich im Bunde der Deutschen in Limburg ihre Spitze.

Trotz der bisher geschilderten Konzentration des deutschen Lebens fehlte jedoch die erwünschte Geschlossenheit. Man empfand eine Lücke zwischen den meistens in den Hauptstädten der nördlichen Provinzen gegründeten deutschen Vereinen und dem im Süden errichteten Bunde der Deutschen in Limburg. Es galt also, eine Brücke zu schlagen. Das gemeinsame Band wurde dann durch den Verband Deutscher Vereine in den Niederlanden gewunden. Dieser Verband, dem die meisten deutschen Vereine und der Bund der Deutschen in Limburg angeschlossen sind, bildet nunmehr die Kopfstelle der Deutschen Hollands. Sein Mittler zwischen den Deutschen Hollands ist das „Nachrichtenblatt", das monatlich erscheint. Ferner sorgen zwei Jahresversammlungen für die Pflege der gegenseitigen Beziehungen. Diese zu gleichen Teilen den Verbandsgeschäften und der Geselligkeit dienenden Veranstaltungen erfreuen sich jedesmal regster Beteiligung und legen Zeugnis dafür ab, daß bei organischer Durchbildung des deutschen Lebens auch Interesse für den Zusammenschluß der Deutschen trotz der Heimatnähe erweckt zu werden vermag. Um die Ausgestaltung dieser Tagungen haben sich die holländischen Ortsgruppen des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes sehr verdient gemacht. Aufgabe des Verbandes Deutscher Vereine in den Niederlanden ist es, die guten Beziehungen zwischen den Niederländern und Deutschen nach Kräften zu fördern. Er soll unter sorgfältigster Berücksichtigung der niederländischen Gesetze und Gebräuche für die Gesamtheit der deutschen Vereine handelnd auftreten, wenn dies geboten erscheint.

H. W. G., den Haag.

Wandlungen in Sachsen.

Vor einer Spaltung der S. P. D.?

Dresden, April 31.

Vor einigen Wochen wurde an dieser Stelle berichtet, daß die sächsische Sozialdemokratie, dieser radikale Exponent der deutschen Sozialdemokratie schlechthin, seit rund zwei Jahren nicht mehr in der Lage sei, ihre Wählerzahl zu erhöhen, sondern seitdem einen langsamen, aber stetigen Rückgang verzeichne. Die Jugend vor allem erkannte immer mehr die Ideenlosigkeit der Bewegung, so daß sie schließlich innerhalb der Partei eine oppositionelle Stellung einnahm und endlich sich mehr und mehr zurückzog. Der Zugang der Jugendlichen blieb aus, die Partei erhielt keine genügend frischen Kräfte mehr, die auch rein zahlenmäßig die Organisation nach außen hin stärkten. Nun hat sich aber eine zweite schwere Krise herausgebildet, die das innere Gefüge der Partei schneller erschüttert und von großer Bedeutung ist. Es bereitet sich eine Spaltung in der sächsischen Sozialdemokratie vor. Ganz kurz lassen sich die Gegensätze auf eine einfache Formel bringen: Hier Unabhängige und dort Mehrheitssozialisten. Die Zeit hat die Wunden nicht heilen können, die Wiedervereinigung der alten Unabhängigen mit den Mehrheitssozialisten, die einige Jahre nach der Revolution in Sachsen zur Tatsache wurde, ist bis auf den heutigen Tag nur eine rein äußere gewesen. Sie war die eigentliche Quelle all jener unfruchtbaren und terroristischen Politik, die Sachsen über sich hat ergehen lassen müssen. Dabei gab es merkwürdige Zustände. Trotzdem die radikale Abgeordnetengruppe innerhalb der Partei rein zahlenmäßig der mehrheitssozialdemokratischen Gruppe in den kritischsten Augenblicken erheblich unterlegen war, so hatten doch diese Radikalen fast die gesamte Wählerschaft hinter sich. Man denke an die 23 gemäßigten Altsozialisten, die sich seinerzeit von der Fraktion lossagten und mit den Bürgerlichen in die Regierung gingen, während nur 17 Radikale übrig blieben. Und trotzdem behielten diese 17 die ganze Organisation in der Hand. Sie verstanden es vor allem, die gesamte sozialdemokratische Presse des Landes in ihren Dienst zu stellen und dadurch natürlich auch fast die gesamte Wählerschaft zu retten. Die damalige Scheidung war also wohl insofern ein Sieg der Vernunft, als sich weit mehr als die Hälfte der eigentlichen Führer für eine gemäßigte und besonnene Politik entschieden, aber die Dinge waren noch nicht so weit gediehen, daß auch die Geführten, d. h. die Wählermassen schon zu einer besseren Einsicht hätten gebracht werden können. Eine Hauptschuld an dieser damaligen Halbentwicklung hatte die Reichsparteileitung, denn sie kapitulierte vor den 17 Radikalen und schlug sich auf ihre Seite. Mangel an Verantwortungsbewußtsein, Mut und Wahrheitsliebe waren die Gründe für dieses Verhalten. Lieber opferte man die Köpfe, als daß man einen augenblicklichen Abfall gewisser Wähler riskierte. Damit war das Schicksal der Altsozialisten schon zur Hälfte besiegelt.

Acht Jahre sind seitdem vergangen. Die sächsische Sozialdemokratie blieb das Schmerzenskind der Reichsparteileitung. Und weil diese Reichsleitung nichts unternahm, was den Charakter der sächsischen Organisation irgendwie hätte beeinflussen können, so mußte eben die Zeit selbst und die Entwicklung im eigenen Lande den Wandel der Dinge herbeiführen. Viele Landtagswahlen haben seitdem stattgefunden, viele neue Köpfe sind in den Landtag eingezogen, und auf alle legte sich von Jahr zu Jahr das immer schwerer drückende Bewußtsein, daß die Partei doch eigentlich die unfruchtbarste Organisation im Gesamtverbande des Reiches sei. Seit dem Jahre 1923, wo die kommunistisch-sozialistische Regierungskoalition von der Reichswehr gesprengt wurde, hat die Partei in völlig unfruchtbarer Opposition gestanden. Ihre rein agitatorische Haltung machte es den Bürgerlichen unmöglich, überhaupt nur in Verhandlungen mit ihr einzutreten. Aber: 8 Jahre sind eine lange Zeit. Auf die Dauer erträgt weder eine so große Partei, wie es die sächsische Sozialdemokratie nun einmal ist, noch die Wählermasse eine solche Situation. Es mußte eine zweite stille Scheidung der Geister erfolgen. Sie ist da. Man ist mit sich selbst unzufrieden, und der ständige Rückgang der Wähler, die Opposition der Jugend haben diese Unzufriedenheit noch vermehrt. Es besteht bereits die überraschende Tatsache, daß die Mehrheit der sozialdemokratischen Abgeordneten eine möglichst schnelle Aenderung der seitherigen Landespolitik wünscht. Man gesteht sich im Stillen ein, daß die seit 8 Jahren betriebene Politik weder dem Lande noch der Partei von Nutzen gewesen ist, und so möchte man jetzt mit Gewalt aus der Opposition heraus in die Regierung. Man ist bereit nicht unwesentliche Konzessionen zu machen.

Die Frage, ob es möglich sein wird, eine auch in wesentlichen Dingen nachgiebige Sozialdemokratie in Sachsen mit in die Regierung hineinzunehmen, soll für heute nicht zur Debatte stehen. Die sächsische Sozialdemokratie ist allerdings ein so kompliziertes Gebilde, daß selbst nach Ueberwindung der sog. Hauptstreitpunkte zwischen links und rechts noch genügend übrig bleibt, was die äußerste Vorsicht gegenüber der Sozialdemokratie notwendig macht. Fast möchte man meinen, daß allein schon die kulturpolitischen Bedenken gegenüber einer auch gemäßigten S.P.D. von außerordentlicher Bedeutung sind. Wir werden im gegebenen Moment darauf

zurückkommen. Heute interessiert die innere Geistes-wandlung der sächsischen sozialdemokratischen Mehrheit als solche, für welche die erwähnte Unfruchtbarkeit in der Politik ausschlaggebend wurde. Diese Wandlung gedieh im letzten Jahre so weit, daß es nur noch gewisser äußerer Anlässe bedurfte, um die Krise zum Ausbruch kommen zu lassen. Zu einem solchen Anlaß wurde die Abstimmung über den Wehretat und Panzerkreuzer im Reichstag. Wenn bei allen früheren Konzessionen der sozialdemokratischen Reichspartei an die Bürgerlichen sich in Sachsen ein Sturm der Entrüstung erhob, so trat jetzt bei der Mehrheit der sächsischen Sozialdemokratie genau das Gegenteil ein. Die 9 sozialdemokratischen Abgeordneten, die gegen Wehretat und Panzerkreuzer stimmten und damit der Tradition der sächsischen Sozialdemokratie durchaus treu blieben, werden heute von den eigenen sächsischen Genossen als Disziplinbrecher bezeichnet. Sie sollen vor dem Reichsparteitag in Leipzig, der im Mai stattfindet, unter Anklage gestellt werden. Nur die Industriebezirke Westsachsens, vor allem Zwickau-Plauen, machen eine Ausnahme. Hier sind die Hochburgen der alten Unabhängigen, und sie rüsten sich zu einem entscheidenden Schlag. Obwohl in der Minderheit, sagen sie dem Reichsparteitag den allerschärfsten Kampf an. Ihre Entschließung lautet: „Der kommende Reichsparteitag muß wissen, daß er, wenn er nur einen aus unserer Mitte ausschließt (gemeint sind jene obengenannten 9 Abgeordneten, von denen allein 3 den Bezirk Zwickau-Plauen vertreten), uns alle ausschließt." Diese Formulierung enthält die offene Drohung mit der Spaltung. Daß sie ernst gemeint ist, daran zweifelt niemand. Es wird also in Leipzig einen harten Kampf geben. Die Reichsparteileitung allerdings wird wohl einen Mittelweg zu finden suchen und auch diesmal die Radikalen nicht ohne weiteres „im Stich lassen". Jedoch: sie mag den sofortigen offenen Bruch zwischen den alten Unabhängigen und den Mehrheitssozialisten durch Vermeidung strengster Maßnahmen gegen die 9 verhindern, die schwere Krise selbst schafft sie damit nicht aus der Welt. Der mächtige, radikale Exponent der deutschen Sozialdemokratie — so wird in ernsten politischen Kreisen behauptet — wird über kurz oder lang in seine Bestandteile zerfallen.

An dieser Krise in der sächsischen Sozialdemokratie hat naturgemäß die Kommunistische Partei ein sehr großes Interesse. Auch in ihr finden augenblicklich große Umwälzungen statt. Die Führer werden gewechselt. Man hat in Moskau einen großen Tempoverlust der K.P.D. in Sachsen festgestellt, d. h. die sächsischen Funktionäre haben nicht schnell genug gearbeitet. Die Bezeichnung Tempoverlust kehrt in allen Moskauer Anweisungen der letzten Zeit wieder. Bereits ist ein neuer Pol-Leiter in Sachsen eingetroffen, an den die früheren obersten Führer ihre Machtbefugnisse haben abtreten müssen. Die alten Bezirkssekretäre sind in Massen abgesetzt, selbst der seitherige Hauptführer der gesamten sächsischen K.P.D. ist in Ungnade gefallen. Man trägt sich mit der großen Hoffnung, die oben erwähnte radikale Gruppe innerhalb der sozialdemokratischen Partei in Bälde mit der K.P.D. vereinigt zu sehen. Die Sozialdemokratie behauptet sogar, daß es in der kommunistischen Zentrale eine besondere Abteilung gebe, die sich mit der Präparierung von S.P.D.-Mitgliedsbüchern beschäftige. In kommunistischen Versammlungen sollen solche Inhaber von gefälschten Ausweisen auftreten, die Ausweise vor den Augen der Versammlungsteilnehmer zerreißen, zum Zeichen, daß man sich von der kommunistischen Versammlung hat überzeugen lassen, und dann ihren Austritt aus der S.P.D. erklären. Als neueste kommunistische Propagandarednerin bereist die bekannte „Märtyrerin" des § 218, Frau Dr. Kienle, Sachsen. Sie ist in Dresden an einem einzigen Abend in drei großen Massenversammlungen aufgetreten.

Die gesamte politische Linke in Sachsen ist also in stärkste Bewegung geraten. Es ist nicht nur für das eigene Land, sondern für das ganze Reich von Bedeutung, diese Entwicklung genau zu verfolgen, denn von Sachsen aus wird auch in Zukunft eine bestimmte Art von Politik und von Ideen das übrige Reich zu durchdringen suchen.

Dr. A.

---

4. Landestagung des Christl.-sozialen Volksdienstes in Chemnitz

Am Sonntag, den 19. April, versammelten sich zahlreiche Volksdienstfreunde des Freistaates Sachsen in Zweinigers Festsaal, Jakobstraße, zu Chemnitz. Zuversichtlichkeit und Verantwortungsbewußtsein sprach aus den Gesichtern der Teilnehmer, unter denen sich vorwiegend Männer in mittleren Lebensjahren und auch einige Frauen befanden. Die öffentliche Vormittagsversammlung brachte nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden, Fabrikanten Bley, einen Vortrag des Herrn G. Hülser, der als Vertreter der Reichsleitung des Volksdienstes uns über „Die Lage im Reich" ausführlich und anschaulich berichtete. Er erkannte dankbar an, daß die Regierung Brüning im letzten Jahre trotz unserer infolge der Weltwirtschaftskrise sich ständig verschlechternden Wirtschaftslage die Ordnung der öffentlichen Finanzen, Schutz der Landwirtschaft und des Ostens erfolgreich angebahnt und verheißungsvoll begonnen hat. Die Reichsregierung fand dabei im großen und ganzen die bereitwillige Mitarbeit der Sozialdemokratie, die unter teilweiser Preisgabe ihrer herkömmlichen Politik lieber eine legale Diktatur als etwa eine rechtsradikale, illegale Diktatur haben wollte. Zur Ergänzung der tatkräftigen Innenpolitik forderte der Redner die baldige, zielbewußte Betreibung der Tributrevision, wozu der Volksdienst bereits Anträge gestellt hat. Als Christen und Evangelische dürften wir keine Gelegenheit versäumen, mit Gleichgesinnten in den Ländern unserer Reparationsgläubiger die Kriegsschuldlüge und den darauf aufgebauten Versailler Schandvertrag zu entlarven und zu erschüttern. Gegen den brutalen Widerstand, wie ihn unser westlicher Nachbar jetzt unverhüllt bei der geplanten Zollunion mit Oesterreich, der ersten Tat der neuen Außenpolitik Brünings, zeigte, gelte es, unser Recht auf die notwendige Ausweitung des gewaltsam eingeengten Lebensraumes unseres Volkes zähe zu verfechten. In der Kulturpolitik wünschte der Redner stärkere Aktivität der Regierung zur Schaffung des Reichsschulgesetzes und zum Schutz der christlichen Bevölkerung, Familie und Jugend vor Freidenkerterror und seelischer Vergiftung. Das christliche Volk verlange von einer christlichen Reichsregierung eine Politik, die die alten und neuen Parteien zwinge, eindeutig Stellung zu nehmen zu den Grundforderungen christlichen Volkslebens.

Rechtzeitig — und gleichzeitig mit seinem Telegramm von einer Autopanne — war Studentenpfarrer Kunze, Leipzig, eingetroffen zu seinem Referat: „Christlichsozialer Volksdienst und völkische Bewegung". Leider war kein Nationalsozialist erschienen, so daß zu einem Dialog der zweite Mann fehlte. Pfarrer Kunze stellte fest, daß der Parlamentarismus schon früher als fragwürdige Größe gegolten habe, und teilte die Parteien in 2 Gruppen ein. Volksdienst und Nationalsozialismus, auch der Kommunismus, seien als Bewegungen anzusprechen, die plötzlich wie ein Vulkan hervorbrechen. Die übrigen Parteien bestimmten sich mehr oder weniger durch ihre Weltanschauung. Der Vortragende bemühte sich, der Hitlerbewegung gerecht zu werden, und hob die gemeinsamen Berührungspunkte mit dem Volksdienste hervor. Für uns bleibe jedoch Staat, Volk und Rasse eine Schöpfung Gottes, die man nicht zum Schöpfer erheben dürfe. Auch für die Hitlerleute gälten außer dem 1. Artikel von der Schöpfung, der 2. Artikel von dem Erlöser und der 3. Artikel vom Heiligmacher. Angesichts der sich bildenden neuen Religion der Nationalsozialisten, wie sie in Rosenbergs „Mythus des 20. Jahrhunderts" niedergelegt ist, bleibe ein Zusammengehen „Christl.-sozialer Volksdienst" und völkische Bewegung" undenkbar.

Der Nachmittag brachte in der geschlossenen Vertretertagung die Erledigung geschäftlicher Dinge, vor allem die Wiederwahl des bisherigen erprobten 1. Vorsitzenden. Statt des durch Pressedienst stark belasteten Pfarrers Kircher-Coswig wurde unser Volksdienst-Abgeordneter Dr. Echte zum 2. Vorsitzenden gewählt. Zur Verlesung gelangte folgende Entschließung der Landesvertretertagung an die Presse:

„Wir grüßen die Bemühungen der Reichsregierung, den deutschen Osten durch eine Osthilfe zu schützen und zu stützen und in einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Bedrängnis die öffentlichen Finanzen zu ordnen. Bei einem Fortschreiten auf diesem Wege erwarten wir, daß die Förderung der Gesamtwirtschaft nicht zu Lasten der wirtschaftlich schwächsten Volksteile betrieben wird, deren Not dringend der Linderung bedarf.

Hauptaufgabe der Außenpolitik von Reichsregierung und Volksvertretung ist es, unermüdlich die Revision der Tributverträge und die Tilgung der für uns als Christen und Deutsche gleich unerträglichen Kriegsschuldlüge zu betreiben. Auf weltwirtschaftlichem Gebiete sehen wir in der geplanten Zollunion mit Oesterreich den ersten unerläßlichen Schritt zur Durchbrechung der unerträglichen wirtschaftlichen Einengung Deutschlands.

Auf kulturpolitischem Gebiet wehren wir uns gegen die sittliche und religiöse Zersetzung, die von der bolschewistischen Gottlosen- und sozialistischen Freidenkerbewegung betrieben wird. Wir wehren uns aber auch gegen die Verzerrung des Christentums durch die Willkür eines modernen Rassekultus. Wir sehen in staatlichem Eingreifen nur eine unumgängliche Schutzmaßnahme zur Sicherung unserer höchsten Güter. Die innere Ueberwindung jener Geistesströmungen aber erfolgt durch die Besinnung und Bereitwilligkeit aller ernsten Christen, in brüderlicher Gemeinschaft und evangelischer und *sozialer* Verantwortung tatkräftig mitzuarbeiten an den staatlichen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Aufgaben unseres Volkes. Der Christlich-soziale Volksdienst sieht hierin sein Ziel und erwartet hierzu die Unterstützung aller evangelischen Kreise unseres Landes."

Freund Hülser forderte eindrücklich zur Werbung für das Wochenblatt („Volksdienst") und unsere Tageszeitung („Tägliche Rundschau") auf. Jugendsekretär Grötschel-Dresden schloß die Versammlung mit Bibelwort und Gebet.

—f.

Der Beamte und das soziale Moment.

Von Obersteuerinspektor Eggers, Kiel.

Der soziale Gedanke ringt im Zeitgeschehen der Gegenwart nach Entfaltung und Vertiefung. Es gibt kaum ein Gebiet, das nicht in irgendeiner Weise von sozialen Ideen berührt oder bestimmt wäre. Man denke z. B. nur an die Arbeiterfürsorge oder, was uns heute vielleicht noch näher liegt, an die staatliche Bewältigung des Arbeitslosenproblems. Hier zeigen ganz offenbar soziale Gedankengänge Wege und Ziele auf. Das soziale Moment unserer Zeit beschränkt sich auch nicht etwa auf einen Stand, eine Klasse, ein Volk, einen Erdteil: der soziale Gedanke beherrscht fast die ganze Welt!

Diesem augenfälligen Tatbestande wird naturgemäß in erster Linie von den politischen Parteien eines Staatswesens Rechnung zu tragen gesucht. Die Gliederung unseres Parteiensystems bestätigt voll und ganz, daß das soziale Moment im Aufbruch begriffen ist: Um die Hingabe an die soziale Idee greifbar in die Erscheinung treten zu lassen, haben nicht wenige einflußreiche Parteien in nüchterner Erkenntnis und folgerichtiger Ausmünzung der wirtschaftlichen und geistigen Menschheitsnöte ihre Benennung geflissentlich in Verbindung gebracht mit dem Worte „sozial" (vgl. z. B. „Sozialdemokratie", „Nationalsozialismus", „Christlichsozialer Volksdienst" u. a. m.).

Aber ganz abgesehen von den politischen Wortprägungen muß wohl zugegeben werden, daß dem Begriffe „sozial" im gewöhnlichen Sprachgebrauch eine etwas weinerlich sentimentale Färbung anhaftet. Man hält vielfach Mitleid, Fürsorge für die Armen und Schwachen für das Soziale schlechthin. An sich ist der Begriff aber natürlich viel weiter, viel neutraler. Sozial oder gesellschaftlich ist nur ein Ausdruck dafür, daß die Menschen als socii, in Gesellschaft miteinander leben müssen; sagt doch schon Aristoteles, der Mensch sei ein „ζῶον πολιτιχόν" (zoon politikon), ein geselliges Lebewesen. Soziale Gesinnung ist dennoch nichts anderes, als eine aus dem Gefühl, aus der Erkenntnis dieser gegenseitigen Verbundenheit und Abhängigkeit gewordene, damit verträgliche Gesinnung. Soziales Handeln ist also ein Handeln aus der Gemeinschaftsgesinnung heraus; es stellt sich mithin nicht als Gefährdung, sondern als Förderung des Gemeinschaftslebens dar.

Nicht von ungefähr begegnen wir darum auch in dem gerade jetzt im Brennpunkt des öffentlichen Interesses stehenden Begriffe „Sozialpolitik" dem Worte „sozial". Wenn Politik als solche staatliches Handeln bedeutet, so liegt dem mit ihm verbundenen Begriffe „sozial" ein Handeln im Gesamtinteresse auf dem Wege über die Beeinflussung der Einzelindividuen der Gesellschaft zugrunde. Es geht bei der Sozialpolitik also um ein Ringen nach Ausgleich des offenbaren Zwiespalts im Leben der Gemeinschaft, die als Ganzes, als Einheit ihre einheitlichen Ziele und Aufgaben hat, und die doch auf der anderen Seite als Zusammengesetztes, als Vielheit getragen und getrieben wird von den Einzelnen mit ihren Sonderzielen und Sonderaufgaben. Ist aber Ziel und Inhalt stets auf die Förderung des Gesamtlebens gerichtet und ist Mittel dazu eine solche Gestaltung des Einzeldaseins, die möglichst im Interesse des Ganzen liegt, so können wir Plato gut verstehen, wenn er sagt: „Wir sehen jedoch bei der Einrichtung unserer Stadt gar nicht darauf, daß irgendeine Gruppe besonders glücklich sei, sondern daß die ganze Stadt es so sehr als möglich sei." —

Dem sozialen Gedanken, von dem nun im besonderen Maße unsere Zeit erfüllt ist, soll und kann sich auch der Beamte nicht verschließen. Er, der aus der Volksgemeinschaft hervorgegangen ist und in sowohl als außer dem Dienst mit allen ihren Schichten in tausendfache Berührung tritt, erscheint wie kaum ein anderer berufen, der sozialen Idee der Menschheit die Wege zu bahnen. In dem Maße, wie er von ihr durchdrungen ist, wird sie sich erst recht eigentlich verwirklichen lassen. Und in dem Maße, wie der Beamte sich dem sozialen Gedanken verschließen wollte, würden dessen Vorkämpfer aufgehalten, müßte die Verbreitung wahrer sozialer Gesinnung gehemmt werden.

Wer als Beamter anstatt mit der Zeit zu gehen, in althergebrachten, längst überholten Anschauungen befangen geblieben ist, dem mag die Preisgabe seiner scheinbaren „Privilegien" hart ankommen. Es hilft nichts: will er ein nützliches Glied der Gesellschaft sein und bleiben, so muß er sich dem Zeitwandel ohne inneres Zögern anzupassen suchen. Die beschaulichen Tage, da man als Beamter auf sog. Standesvorrechte sich glaubte etwas zugute tun zu können, sind unwiederbringlich dahin. Heute gilt es, der Wirklichkeit nüchtern ins Auge zu sehen und die Lage recht zu erkennen!

Der deutsche Beamte vermag sich im Volksganzen nur insoweit als unentbehrlicher Zeitgenosse zu erweisen, als er neuzeitlicher Einstellung fähig, das will vor allem heißen: von sozialer Gesinnung durchdrungen ist. Für die ängstliche Wahrung alter abgeschmackter Ueberlieferungen aus einer verflossenen Epoche hat der moderne Mensch unserer Zeit kein sonderliches Verständnis, geschweige denn Hochschätzung mehr. Weil wir uns aber dieser, manchen vielleicht brutal anmutenden Wirklichkeit gegenübersehen, darum rufen wir: Laßt uns in allererster Linie soziales Verständnis zu gewinnen suchen! Nur wenn wir von der sozialen Idee erfüllt sind, verlieren wir nicht die Fühlung mit den übrigen Berufsschichten. Nur dann entrinnen wir der Gefahr, nicht bloß als notwendiges Uebel angesehen, sondern als vollwertige, ja unentbehrliche Glieder des Staatsvolkes betrachtet und auch dementsprechend gewertet zu werden!

Die anhaltende Brandung gegenüber der historisch gewordenen Struktur des deutschen Berufsbeamtenkörpers müßte je länger je mehr seine Fundamente erschüttern, wenn es den Gegnern gelänge, der Berufsbeamtenschaft Mangel an sozialer Gesinnung nachzuweisen. Darum seien wir auf der Hut!

Wie wichtig es ist, sich in den kleinen unscheinbaren Begebenheiten des Alltags selbst immer wieder auf seinen Gehalt an wahrer sozialer Einsicht und an wirklichem Verständnis für die Lage seiner Mitmenschen zu prüfen, haben andere Berufskreise schon längst erkannt. Hierfür ein konkretes Beispiel. In Warenhäusern kann man heute vielfach die für das Bedienungspersonal an sichtbarer Stelle angebrachte ständige Mahnung lesen: Bediene höflich! Mag auch hier in erheblichem Grade der Konkurrenzeifer dazu angespornt haben, um durch höfliches Bedienen die Kundschaft zu gewinnen, es ist nicht von der Hand zu weisen, daß letzten Endes doch wohl ein gewisser Prozentsatz sozialen Einfühlens in die Seele des kaufenden Publikums den Beweggrund abgegeben hat. Soziales Denken war es, das hier

Fiasko der Flottenverständigung?

Pariser Pessimismus
über die englische Note zur Flottenfrage.

— **Paris,** 26. April. Die am Sonnabend in London überreichte Antwortnote der britischen Regierung auf die französischen Vorschläge zur Flottenfrage traf am Sonnabend am Quai d'Orsay ein. Obgleich der Text der Note vorläufig nicht bekannt ist und keine amtliche Auskunft über den Inhalt erteilt wird, verlautet doch mit voller Bestimmtheit, daß die Note eine in sehr höflicher Form gefaßte Ablehnung des französischen Standpunktes darstelle. Sie enthalte angeblich gewisse englische Gegenvorschläge, die jedoch der französischen Auffassung in keiner Weise gerecht würden.

Eine Antwort aus Rom ist noch nicht eingelaufen, da Italien erst die Veröffentlichung der britischen Note abwarten wollte. Die Pariser Sonntagspresse beschäftigt sich eingehend mit der Lage und spricht sich durchweg äußerst pessimistisch über das Schicksal des Flottenabkommens aus.

•

Die Londoner Note zum Flottenabkommen noch geheim.

— **London,** 27. April. In Uebereinstimmung mit den Tendenzen der englischen zuständigen Stellen, den Inhalt der letzten englischen Denkschrift über das französische Flottenbauprogramm noch geheim zu halten, enthalten sich die Londoner Sonntagsblätter jeglicher erläuternden Bemerkungen, so daß die englische Oeffentlichkeit vorläufig nur auf die Meldungen der Pariser Korrespondenten angewiesen ist. Wie es darin heißt, soll man in Paris auf Grund der italienischen Kommentare befürchten, daß Italien eine endgültig ablehnende Antwort geben werde.

Polens Antrag abgelehnt.

Vom Völkerbundskommissar. — Rücktritt des Oberstaatsanwalts Schneider.

Der Völkerbundskommissar für Danzig, der italienische Graf Gravina, hat den polnischen Antrag, polnische Truppen zur Sicherung der Ruhe und Ordnung in Danzig anzufordern, offiziell abgelehnt. Wenn die polnische Regierung ihre Forderung wirklich ernst meint und mit ihr nicht nur lediglich eine Art Gegenklage gegen die bei dem Völkerbundrat schwebende Danziger Beschwerde gegen die polnischen Behörden erheben möchte, so müßte sie ihren Antrag nunmehr direkt an den Völkerbundrat leiten.

Der polnische Antrag ist mit einer Reihe von kleinen Schlägereien in Danzig begründet worden. Die Hauptrolle spielte dabei ein Zwischenfall, bei dem ein polnischer Eisenbahner getötet worden ist, obgleich bei der durch alle Instanzen gehenden Gerichtsverhandlung festgestellt worden ist, daß der Danziger Staatsbürger, der an dem Zwischenfall beteiligt war, gegenüber dem polnischen Eisenbahner in Notwehr gehandelt hat.

Die Pressestelle des Senats der Stadt Danzig teilt mit: „Oberstaatsanwalt Schneider ist auf seinen Antrag von den Dienstobliegenheiten als Leiter der Staatsanwaltschaft in Danzig durch Beschluß des Senats enthoben worden. Die Amtsniederlegung ist mit Rücksicht auf die bekannten persönlichen Angriffe, die der diplomatische Vertreter der Republik Polen, Minister Strasburger, unberechtigterweise gegen den Präsidenten des Senats, Dr. Ziehm, gerichtet hat, erfolgt."

Bekenntnis zum Zollvertrag.

Amtsantritt des neuen deutschen Gesandten. — Ansprache des Bundespräsidenten Miklas.

— Wien, 27. April.

Der neuernannte Gesandte des Deutschen Reiches in Wien, Dr. Rieth, überreichte dem österreichischen Bundespräsidenten Dr. Miklas sein Beglaubigungsschreiben und führte dabei aus: „Mein Amtsantritt trifft zusammen mit einem bedeutsamen Ereignis in den gemeinsamen Beziehungen. Unsere Regierungen haben sowohl zur Behebung der wirtschaftlichen Not unserer beiden Länder wie im Interesse des unter wirtschaftlicher Desorganisation schwer leidenden Europas beschlossen, einen Anfang mit der Niederreißung der die Wirtschaft einengenden Zollmauern zu machen. Ich darf der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß das Gelingen dieses großen Werkes zugleich der Befriedung der Welt dienen wird."

Bundespräsident Dr. Miklas erwiderte:

„Der Augenblick, in dem Sie bei uns eintreffen, ist auch meiner Ueberzeugung nach ein bedeutsamer. In einer bisher in der Geschichte der neueren Zeit unbekannten Weise bedrohen Not und Mangel an Arbeitsgelegenheit die Grundlagen der Existenz der Nationen Europas. Von diesen drückenden Erscheinungen ganz besonders betroffen, haben Oesterreich und das Deutsche Reich zur Förderung des wirtschaftlichen Aufbaus gemeinsam einen Schritt unternommen, der diktiert war durch das Bewußtsein der Verantwortlichkeit der Lenker dieser Staaten vor ihrem Volke und dazu beitragen soll, die Verwirklichung des heute durch ganz Europa gehenden Wunsches nach besonderer ökonomischer Zusammenarbeit herbeizuführen. Es drängt mich, der Hoffnung Ausdruck zu verleihen, daß diese Bestrebungen Erfolg haben und es unseren beiden Staaten beschieden sei, in harmonischem Einvernehmen mit den übrigen Staaten Europas ersprießliche Arbeit zur Förderung des allgemeinen Wohlstandes zu leisten!

•

Kohlen-Bahn bestätigt.

„Beginn des Ausverkaufs Polens."

— Warschau, 27. April.

Die außerordentliche Tagung des polnischen Sejm fand bereits mit der Bestätigung des polnisch-französischen Eisenbahnvertrags ihren Abschluß. Dem Bau der Bahn und ihrem Uebergang an eine französisch-polnische Gesellschaft, in der insbesondere auch die französische Rüstungsindustrie (Schneider-Creuzot) eine maßgebende Rolle spielt, steht damit nichts mehr im Wege.

Vor der Abstimmung wies der ehemalige Finanzminister Starzynski selbstzufrieden darauf hin, daß durch diese Transaktion der französische Sparer, „der in Rußland so viel Geld verloren habe", sich nun an Geldanlagen in Polen gewöhnen werde". Abg. Minkowski vom Regierungsblock war der Ansicht, daß diese Kohlen-Bahn Polen große Vorteile bringen werde, weil sie die Ausfuhr polnischer Waren über die polnischen Häfen lenke. Der Sprecher der Nationalen Arbeiterpartei, der ehemalige Verkehrsminister Chondzynski, wandte sich scharf gegen die Auslieferung dieser Bahn, deren Bau nicht so dringend sei, an internationales oder französisches Kapital. Polen hätte diese Bahn aus eigenen Kräften fertigstellen sollen. Gewaltige Rechte seien an Schneider-Creuzot abgetreten worden. Der Sozialist Zaremba trat ebenfalls scharf gegen das geplante Finanzgeschäft der Regierung auf, das seiner Anschauung nach dem Beginn des Ausverkaufs Polens an das ausländische Kapital, und zwar vornehmlich an das Rüstungskapital, bedeute.

Der Verkehrsminister bestritt demgegenüber die Existenz einer französischen Mehrheit in der Bahngesellschaft, doch wird es nichts dran ändern, daß faktisch die Franzosen die Entscheidung haben werden.

Der Volksentscheid in Lippe.

Das Soll der Ja-Stimmen um 8000 überschritten. — Aber die erforderliche Beteiligung nicht erreicht.

— **Detmold,** 26. April. Bei dem Volksentscheid am Sonntag wurden insgesamt 36 996 Stimmen abgegeben. Davon waren 35 032 Ja-Stimmen, 1 180 Nein-Stimmen und 784 ungültige Stimmen. Die Zählungen aus 14 Bezirken, die mit etwa 1 500 Stimmen zu veranschlagen sind, stehen noch aus. Da die Zahl der Stimmberechtigten 108 000 beträgt, so war zu einem Erfolg des Volksentscheides die Abgabe von 54 000 Stimmen erforderlich und von diesen mußten 27 001 Ja-Stimmen sein. An den erforderlichen 54 000 Stimmen fehlen rd. 19 000, so daß ein negativer Erfolg des Volksentscheides festzustellen ist, obgleich die Zahl der zu verzeichnenden Ja-Stimmen um rund 8 000 höher ist als die erforderliche Zahl von 27 001.

Das Ergebnis des Volksbegehrens.

Mindestens 5,83 Millionen Eintragungen.

Das Bundesamt des Stahlhelms teilt mit: „Die bisherigen Zählungen zum Volksbegehren „Landtagsauflösung" ergeben einwandfrei die Zahl von reichlich 5,83 Millionen Eintragungen. Einzelne Meldungen stehen noch aus."

Oeffentliche Hand und Arbeiterschaft.

Die nachfolgenden Ausführungen sind ein Auszug aus einem sehr beachtlichen Aufsatz, der am 28. März dieses Jahres in Nr. 13 der christlich-gewerkschaftlichen Zeitschrift „Der deutsche Metallarbeiter" erschienen ist. Die Ausführungen lauten:

„Wir fühlen in bedenklichem Maße das Aneinanderreiben zweier verschiedener Wirtschaftssysteme, der Privatwirtschaft und des Wirtschaftssystems der öffentlichen Hand. Die Schläge der Wirtschaftskrise hat in entscheidendem Maße die Privatwirtschaft, besonders die Arbeiterschaft der Privatwirtschaft, auszuhalten. Die Privatwirtschaft war aus vielen Gründen gezwungen, eine — leider oft sehr schmerzliche — Rationalisierung vorzunehmen, wenn sie konkurrenzfähig bleiben wollte. Demgegenüber hat die Wirtschaft der öffentlichen Hand die gewaltigen Krisenerscheinungen im allgemeinen von sich abzuwälzen gewußt, weniger durch eigene Kraft oder gar durch überlegene Wirtschaftsführung, als vielmehr dadurch, daß aus der Privatwirtschaft ungeheure Summen herausgezogen wurden, die für die Bezahlung des aufgeblähten öffentlichen Verwaltungsapparates ausgegeben wurden. Aber trotzdem scheint im Wald der öffentlichen Lasten sich kaum eine nennenswerte Lichtung aufzutun. Von einer ernsthaften Rationalisierung hört man höchstens etwas, soweit Scheuerfrauen und Laufburschen in Frage kommen.

Privaten Kreisen hat man Preissenkung empfohlen. Sie ist in gewissem Maße durchgeführt, nicht ohne starke Lohnsenkungen, vor allem bei der Metallarbeiterschaft. Bergbau und Eisenindustrie sind in ihren Preisen zurückgegangen, aber von einem Preisabbau bei öffentlichen Gas- und Elektrizitätswerken hört man fast nichts. Und dann: Wo bleibt die Reichsregierung, wo bleiben Länderregierungen und Kommunen mit einer verstärkten Ausgabensenkung, mit der Herabsetzung der Steuern und Gebühren? Es ist bis heute so wenig darin geschehen, daß es keineswegs befriedigen kann. Es ist für ein Volk, das sich nach einem verlorenen Kriege, nach Inflation und politischen Störungen erst wieder hocharbeiten muß, untragbar, neben den verschärften und preisdrückenden Kämpfen auf dem Weltmarkt, neben Auspowerung durch Tribute auch noch einen von Jahr zu Jahr zahlenmäßig und finanziell sich steigernden Beamtenapparat in einer in anderen Ländern unbekannten Größe aufrecht zu erhalten. 1913 entfielen pro Kopf 120 bis 130 Mark Steuern, 1928 450 RM. Bis heute sind die Zahlen sehr gestiegen, denn dazwischen liegt noch jene von so herrlichem Weitblick zeugende Beamtenbesoldungsreform des Herrn Ministers Köhler. Das Schwergewicht liegt bei Ausgabeposten, welche durch die deutsche Gesetzgebung geschaffen wurden. Der Finanzbedarf betrug 1913 7,1 Milliarden, 1928 dagegen 21,5 Milliarden. Allein der Verwaltungsaufwand stieg von 3,2 auf 9,2 Milliarden. Die Zuschüsse und Unterstützungen haben sich verachtfacht, nämlich von 318 Millionen auf 2,5 Milliarden. Die Youngplanlasten stellen 10 Prozent der Gesamtausgaben dar.

Es kann nicht so weitergehen, daß die Arbeitnehmer der Privatwirtschaft die Lasten tragen müssen, während die öffentliche Hand wenig Anstrengungen macht, ihrerseits an der Behebung der Krise mitzuwirken. Glaubt denn einer, daß eine solche Steuerlast, die wesentlich aus Verwaltungsausgaben besteht, auf die Dauer tragbar ist? Wenn es der Sinn der Wirtschaft sein sollte, ihre Erträgnisse für öffentliche Verwaltungskosten zu opfern, wären wir herrlich weit gekommen."

Vor dem Angriff auf Madeira.

— **London,** 27. April. Einer Exchange"-Meldung aus Funchal (Madeira) zufolge, sind dort der britische Kreuzer „Curlew" und der portugiesische Kreuzer „Vasco da Gama" eingetroffen.

Aus Lissabon wird gemeldet, daß ein Zerstörer und ein Hilfskreuzer nach Porto Santo, einer kleinen Insel bei Madeira, abgegangen sind, wo sich die Regierungsstreitkäfte zum Angriff auf Madeira sammeln.

Ist die Krise überwunden?

Der Reichsfinanzminister zur Wirtschaftslage.

Reichsfinanzminister Dietrich sprach im Berliner Kartell des selbständigen Mittelstandes zur gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzlage und führte u. a. aus: Den Tiefpunkt der Entwicklung haben wir insofern überwunden, als die Zahl der Arbeitslosen zurückgegangen ist. Es erhebt sich die Frage, ob die Entlastung anhalten und auch im nächsten Winter sich auswirken wird. Zwei Tatsachen stehen im Wege, nämlich der Kapitalentzug durch die Tributlasten und die Einschränkung der öffentlichen Bauwirtschaft.

Der Abbau der Bauwirtschaft war notwendig, weil wir im Begriff waren, und es vielfach sogar schon getan hatten, Wohnungen zu bauen, die den Minderbemittelten nichts nutzten, da sie diese nicht bezahlen konnten. Sodann hat die öffentliche Bauwirtschaft Löhne und Preise in die Höhe getrieben, deren Zurückschraubung eine unbedingte Notwendigkeit ist. Die Staatswirtschaft muß daher wieder der Privatwirtschaft Platz machen, und nur die Kleinwohnungen dürfen noch mit öffentlichen Mitteln gebaut werden.

Der Redner legte an Hand von Zahlen dar, daß die öffentlichen Ausgaben in Deutschland in der Vorkriegszeit etwa sieben Milliarden Mark betragen haben und sich jetzt auf 18 Milliarden belaufen. In dem Mehraufwand von elf Milliarden sind vier Milliarden innere und äußere Kriegslasten, eine Milliarde Mehraufwand für Straßenbau und Förderung

---

seinen fruchtbaren Niederschlag fand. Der weise Geschäftsmann fühlt es, daß eine humane und freundliche Bedienung dem Kunden ebensosehr gefällt, wie ihm die schroffe und unfreundliche Form mißfällt. Hier spielt aber immerhin, wie gesagt, der Konkurrenzeifer doch noch eine wesentliche Rolle. Wo die freie Konkurrenz dagegen ausgeschaltet ist, wie in gewissen Monopolbetrieben, dürfte das soziale Moment vielfach gänzlich zu vermissen sein.

Haben aber nicht unsere Staatsbetriebe fast alle monopolartigen Charakter?! Dann besteht für den Beamten die gleiche Gefahr, daß sie das soziale Moment bewußt oder unbewußt übersehen — zum Schaden nicht nur des betroffenen Staatsbürgers, sondern des ganzen Beamtenstandes! Wir müssen daher als deutsche Berufsbeamte einzigartiger Prägung uns vor allen anderen Berufsschichten ganz besonders davor in Acht nehmen, daß wir unsere monopolartige Stellung ungebührlicherweise ausnutzen. Die allermeisten Volksgenossen sind nun einmal in vielen Dingen auf die öffentlichen Organe, die Amtsträger, angewiesen. Würden diese es an einer zuvorkommenden, sagen wir ruhig einmal „Bedienung" fehlen lassen, so könnte die damit bei dem Betroffenen hervorgerufene Verärgerung gar zu leicht in grundsätzliche Beamtenfeindschaft ausarten. Das Ansehen des Staates gebietet es schon, daß seine Organe bestimmt, aber doch höflich, korrekt, aber doch freundlich auftreten. Alles in allem genommen muß unser Taktgefühl gegenüber unserem Zeitgenossen eben beherrscht sein von dem sozialen Moment!

Wir merken es, daß hier der Hebel anzusetzen ist, wollen wir den „Kunden", d. h. den steuerzahlenden Mitbürger, für unsere eigenen beruflichen Belange gewinnen. Der aus früherer Zeit sattsam bekannte Befehlston sollte an keinem Schalter, in keiner Amtsstube mehr anzutreffen sein. Wir müssen auf dem Wege oft schmerzlicher, aber heilsamer Selbsterkenntnis zu jener wahren sozialen Gemeinschaftsgesinnung gelangen, die sich und seine ehrenwerten Mitmenschen als gleich nützliche Glieder der schicksalsverbundenen Volksgesamtheit erkennt. Wächst diese soziale Einsicht bei den Einzelnen von uns, so brauchen wir auch um den Fortbestand unseres deutschen Berufsbeamtentums nicht besorgt zu sein!

der Wirtschaft, 1,4 Milliarden Zuschüsse zur sozialen Versicherung und Mehraufwand für die Armenfürsorge. Der Rest verteilt sich auf alle möglichen Dinge.

Die Notwendigkeit des Sparens

kann durch nichts stärker belegt werden als durch diese Zahlen. Die Sparsamkeitsaktion ist eingeleitet. Das Reich hat an seinem eigenen Etat mehr als 10 Prozent gespart. Und eben sind wir im Begriff, eine neue Aktion auf diesem Gebiete durchzuführen. Wir hoffen, daß unser Beispiel in den Ländern und den Gemeinden Nachahmung findet.

Von der Lösung dieser großen Probleme der Kapitalbildung, der Steuerbelastung, der Einschränkung der öffentlichen Wirtschaft hängt das Wohl und Wehe des Bürgertums ab. Wenn die deutsche Kapitalbildung nicht ausreicht, neben der Zahlung der Reparationen den Bedarf des Inlands zu decken, dann ist die erste Voraussetzung zu einer wirklichen Genesung die Neuordnung der Reparationsleistungen.

Der Arbeitsplan der Regierung.

Zunächst Klärung der Einzelheiten des Agrarprogramms.

— Berlin, 27. April.

In einer zweiten Sitzung unter dem Vorsitz des Reichskanzlers setzte das Reichskabinett in Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten die Verhandlungen über das vorgesehene Arbeitsprogramm fort. Zur Erörterung standen insbesondere die auf agrarpolitischem Gebiete zu treffenden Maßnahmen. Es ergab sich dabei die Notwendigkeit, Einzelheiten noch zunächst in Besprechungen der in Frage kommenden Ministerien zu klären. Auf Grund dieser Ergebnisse werden die Beratungen des Kabinetts in den nächsten Tagen weitergeführt werden.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns in Ergänzung dieser Meldung geschrieben:

Im Verlaufe der Kabinettsbesprechungen zeigte sich, daß gegen die Pläne des Reichsernährungsministeriums, die auf Zollerhöhungen für Butter, Fette, Vieh-, Fleisch- und Hülsenfrüchte abzielen, starker Widerstand erhoben wird. Der Widerstand sei auch deshalb so stark, weil der Brotpreis in vielen deutschen Städten gestiegen ist und dadurch in der Bevölkerung eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen worden sei. Es gehe nach Meinung der Parlamentsmehrheit nicht an, daß in einer Zeit des Preis- und Lohnabbaues, der die Krisis überwinden helfen soll, das wichtigste Nahrungsmittel teuerer werde. Daher wolle die Regierung bevor sie von ihrem Ermächtigungsgesetz Gebrauch mache und Zollerhöhungen durch Notverordnungen dekretiere, erst einmal den Brotpreis auf seinen bisherigen Stand zurückbringen. Ob sie dazu den Weizenzoll herabsetzen werde oder den Vermahlungszwang lockern, oder aber ob sie von den magazinierten Roggenvorräten etwas auf den Markt bringe, damit die Spanne zwischen Roggen-, Mehl- und Brotpreis zugunsten der Bäcker etwas größer werde, das werde erst in den nächsten Tagen entschieden.

Die Aussprache im Kabinett.

Die umstrittenen Zollfragen.

In der Sitzung des Reichskabinetts am Schluß der Woche wurden, wie vorauszusehen war, keine Beschlüsse gefaßt, es handelte sich nur um eine grundsätzliche Aussprache.

Im Mittelpunkt stand der umstrittene Butterzoll, gegen den lebhafte Bedenken vorgebracht wurden, die besonders mit unseren handelsvertraglichen Beziehungen, der Industrieausfuhr und der Senkung der Löhne im Zusammenhang stehen. In gutunterrichteten Kreisen hielt man es angesichts dieser Schwierigkeiten für unwahrscheinlich, daß am Dienstag bei der Fortsetzung der Beratungen eine Erhöhung des Butterzolls beschlossen wird. Zunächst ist mit einer eingehenden Prüfung des Problems zu rechnen.

Für beschleunigte Reformen.

Kundgebung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

— Berlin, 27. April.

Das Präsidium und der Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hielten unter dem Vorsitz des Geheimrats Dr. Duisberg eine Sitzung ab. Geheimrat Kastl sprach über die Stellungnahme der Industrie zur gegenwärtigen **Wirtschaftslage** und über die sich daraus ergebenden Aufgaben und Förderungen.

Die einmütige Auffassung ging dahin, daß zwar die bisherigen Erfolge der Reichsregierung in der Durchführung ihres Programms vom 30. September 1930 durchaus nicht verkannt werden, daß aber die in vielen Industriezweigen in den letzten Wochen eingetretene Verschlimmerung der Lage gebieterisch eine Beschleunigung und auch eine Verstärkung der Reformen erfordert, wenn von ihnen noch eine rechtzeitige Wirkung erhofft werden soll.

Abr. Frowein, der Führer der deutschen Delegation auf dem Washingtoner Kongreß der Internationalen Handelskammer, gab eine Vorschau über die Frage, welche auf der Tagesordnung des Kongresses stehen.

Ueber die Frage der deutsch-österreichischen Zollunion referierte Herr v. Simson. Hierbei wurde vom Vorstand des Reichsverbandes einmütig zum Ausdruck gebracht, daß sich die Industrie zur positiven Mitarbeit an den Verhandlungen zur Verfügung stelle. Im übrigen richtet er an die Reichsregierung die Bitte, den Industrien rechtzeitig zu ermöglichen, zu den zahlreichen damit im Zusammenhang stehenden Einzelfragen Stellung zu nehmen.

Die Reichsbahngehälter.

Maßnahmen gegen die hohen Bezüge der leitenden Beamten?

Wie ein Berliner Blatt aus dem Reichsverkehrsministerium erfahren haben will, sind dort Maßnahmen gegen die überhöhten Bezüge der leitenden Reichsbahnbeamten geplant, da auch nach der Senkung die Bezüge der leitenden Reichsbahnbeamten vielfach noch mehr als doppelt so hoch wie die der entsprechenden Reichsbeamten sind. Die Ausgabe von rund 1¼ Millionen Mark im Jahre, die aus der Ueberbesoldung entstehe, müsse nach Ansicht des Ministeriums angesichts der ungünstigen Finanzlage der Reichsbahn eingespart werden. **Man erwäge im Reichsverkehrsministerium nötigenfalls eine Aenderung des Reichsbahngesetzes.**

Parteitag der Wirtschaftspartei

Die außenpolitischen Forderungen.

— Hannover, 26. April.

Die Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) veranstaltete im Rahmen ihres Parteitages im Parkhaus eine große öffentliche Kundgebung.

Der Parteivorsitzende Drewitz gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Tagung mit dazu beitragen möge, den vielen Forderungen, die der furchtbaren Notlage des deutschen Volkes entsprungen sind, Erfüllung zu bringen. Der Redner verlas zum Schluß ein im Namen der Partei an den Reichspräsidenten gesandtes Huldigungstelegramm.

Hierauf sprach der Reichstagsabgeordnete Mollath über die nationalen Aufgaben des Mittelstandes in Verbindung mit der Stellung der Wirtschaftspartei zur Außenpolitik. Er bekannte sich zu den bekannten außenpolitischen Forderungen der Wirtschaftspartei, die in erster Linie eine allgemeine Abrüstung, Kampf gegen die Schuldlüge und unverzügliche Revision des Youngplanes einschließen.

Zum Schlusse seiner Ausführungen unterstrich Abgeordneter Mollath die **Pflicht aller staatserhaltenden Kräfte**, am Aufbau des deutschen Volkes mitzuarbeiten und verurteilte auf das schärfste eine Politik fruchtloser Opposition, die nur die Front des Bürgertums weiter schwächen müsse.

Frankreichs Gegenaktion.

Die Grundlinien des Plans zur deutsch-österreichischen Zollunion.

Die zwischen den Nachbarländern Deutschland und Oesterreich vereinbarte Zollunion hat zu verschiedenen Gegenmaßnahmen Veranlassung gegeben. So ist man auch in Paris dabei, einen Gegenplan auszuarbeiten, über dessen Grundlinien der „Petit Parisien" unterrichtet sein will.

Dieser Plan, der im Mai in Genf vorgelegt werden müsse, so schreibt das Blatt, müsse die **vier Probleme** regeln: die Agrarkrise, die Finanzkrise, die Lage Oesterreichs, für das man endlich die Zollschranken abbauen müsse, und die Regulierung der industriellen Produktion.

Die Lösung jedes dieser Probleme erfordere nicht nur die vertrauensvolle Beteiligung sämtlicher europäischer Nationen, namentlich der vier Großmächte Deutschland, Frankreich, England und Italien, ohne deren gleichzeitige Mitwirkung nichts Solides vollbracht werden könne, sondern sie setze außerdem voraus: einmal die Schaffung eines doppelten Kontingentierungssystems für die landwirtschaftlichen Ueberschüsse und Vorzugstarife, auf Grund deren den Bauern ein vernünftiger Gewinn gewährleistet werden solle, zum anderen, was die industriellen Nationen anlange, die Annahme einer Reihe von Maßnahmen, die geeignet seien, die Regelung und den Absatz ihrer Erzeugnisse zu gewährleisten.

Den außereuropäischen Getreidestaaten müsse man begreiflich machen, daß die Liquidierung des Getreideüberschusses in Mittel- und Osteuropa zu einer Stärkung der Kaufkraft dieser Agrarstaaten führen würde, von der auch die überseeischen Länder würden profitieren können, um ihre Fabrikerzeugnisse in größeren Mengen abzusetzen. Zu diesem Zweck denke man auch an eine Abweichung vom System der Meistbegünstigungsklausel, um den als Käufer für Getreide nicht in Frage kommenden Industriestaaten völlig freie Konkurrenzmöglichkeit in den Agrarstaaten Mittel- und Osteuropa zu geben.

Blutbad auf Formosa.

Zahlreiche Hinrichtungen und Feuersbrünste.

Zwischen den unterworfenen Stämmen und Mitgliedern des Stammes Musha, die in Taipe auf Formosa unter polizeilichen Schutz in einem Konzentrationslager untergebracht sind, sind schwere Unruhen ausgebrochen. Vom Stamme Musha wurden 184 Mitglieder von den unterworfenen Stämmen enthauptet, 13 wurden schwer verletzt. 104 werden vermißt, drei starben durch eigene Hand. Ungefähr 80 Gehöfte wurden eingeäschert.

Rußland kommt zur Europatagung.

— **Moskau**, 27. April. Die Sowjetregierung hat dem Generalsekretär des Völkerbundes mitteilen lassen, daß sie bereit sein wird, sich bei der am 15. Mai in Genf stattfindenden dritten Session der Europa-Studienkommission vertreten zu lassen. Das Schreiben rügt jedoch, daß die Sowjetunion lediglich zur Beratung des dritten Punktes der Tagesordnung zugezogen werden soll.

Wieder zwei Ausweisungen im Memelgebiet.

— **Memel**, 27. April. Wie das „Memeler Dampfboot" erfährt, sind wieder zwei Deutschen in Kowno die Aufenthaltsgenehmigung beziehungsweise die Arbeitsgenehmigung entzogen worden, so daß auch ihnen die Ausweisung droht.

Quittung.

Für Heimathaus und Heimathilfe gingen weiterhin ein: A. Sch. in G. 10,—; Th. M. in B. Ostfriesl. 3,—; B. in B. 5,—; Past. St. in E. 10,—; M. S. in N-K. 10,— Mbtrg.; Past. W. in D. 10,—; Schw. J. G. in D. 5,—; G. D. in B-T. 5,—; Pf. H. R. in B. 3,—; Pf. A. in D-A. 5,—; M. S. in A. 10,—; J. H. in D-M. 10,—; F. O. in H. 5,—; Landgerichtsr. W. H. in B-F. 3,—; E. S. in Z. b. Z. 5,—; M. H. in D. 25,—; E. Z. in B-W. 2,—; A. W. in H. 2,—; insgesamt bisher RM 2 659,44.

Allen lieben Heimathelfern danken aufs Beste

Bethel und Dünne, den 23. 4. 1931

F. und G. v. Bodelschwingh.

Postscheckkonto F. v. B. Hannover 1904. Postscheckkonto G. v. B. Hannover Nr. 48273.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Hutiel, Anzeigen: K. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Gemüse-, Feld- u. Blumensamen

Knollengewächse:
Dahlien, Gladiolen, Begonien.
Baumschulartikel:
Obstbäume, Ziersträucher, Rosen, Nadelhölzer. – Blütenstauden usw.

Gärtnerei und Samenhandlung der Anstalt Bethel bei Bielefeld

Das Erholungsheim Teichwolframsdorf

will allen Müden, Abgearbeiteten Ruhe und Erquickung bieten. Nicht nur der Leib soll sich erholen, sondern auch Seele und Geist sollen Vertiefung und Verinnerlichung haben und den Luftwechsel empfinden. Die Zimmer sind neu vorgerichtet, freundlich und einladend. Auch manche andere Erneuerung werden alte Gäste freudig begrüßen.

Vom 10. bis 17. Mai spricht Herr Missionsdirektor Kröker über prophetische Themen. Während des kommenden Sommers wird der Hausvater, Herr Evangelist Heß, Andachten, Bibel- und Belehrungsstunden halten. —

Prospekte werden auf Wunsch gern versandt.

Suche für sofort oder später
Stellung
auch als Gehilfe.
Bernhard Kamp, Bäckermeister, **Coesfeld i. W.**, Süringstr. 4 II.

Wer borgt einer Kirchengemeinde zum Erwerb und Ausbau eines Gemeindehauses
10-15000 RM
zu niedrigem Zinsfuß? Gemeinde steht im heißen Kampf. Große Arbeitslosigkeit. Hunger nach Gottes Wort. Angebote erbeten unter „Friedenshaus", unt. A 1483 an d. Geschäftsst. d. Bl. Event. freiwill. Gaben bitte mit Vermerk „Für Friedenshaus" an das Postscheckkonto des „Aufwärts" Hannover 67377.

Christliches Erholungsheim in Aue i. Erzg.
(Gemeinschaftsverein u. Jugdbd.)
Landschaftlich schön gelegen. Nähe der Stadt und dem Walde. Prächtige Zimmer. Bäder aller Art. Liegehallen und Luftbad. **Radiumbad Oberschlema** nur 12 Min. Fahrzeit — gute Autoverbindung. — Tägliche Schriftbetrachtung. Pensionspreis 4,— bis 5,— RM. Prospekt durch die Heimleitung.

Tecklenburg im Teutoburger Wald
Evangelisches Volkshochschulheim in schönster Lage am Walde — Bäder im Hause — Schwimmbad — gute Verpflegung — Hausandacht — nimmt **Erholungsgäste** auf. — Zimmer von 3.50 bis 5.— Mk.

Erholungsheim des Vereins Bad. Lehrerinnen:
Schönau im Schwarzwald
600 m ü. d. M., ruhige Lage mit herrlicher Aussicht, behagliche Zimmer, beste Verpflegung (4 Mahlzeiten), Zentralheizung, Bad, gute Spazierwege, mäßige Preise. Schönster Frühjahrsaufenthalt! Anfragen an
Frau **A. Schützenbach**, Lehrerinnenheim.

Aeltere, erfahrene
Köchin
und jüngeres, kinderliebes
Zimmermädchen
in Landhaus am Tegernsee (Oberbayern) zum 1. Mai in nordd. Familie gesucht. Angebote mit Zeugnissen und Bild an
Frau Kahl, geb. v. Möller, **Bad Wiessee am Tegernsee, Landhaus Gudula.**

Die
Württembergische Bibelschule
Stuttgart-Cannstatt, Deckerstraße 35
beginnt im Oktober 1931 ihren neuen Jahreskursus. Gläubige Töchter, die sich in den Reichtum der Schrift einführen lassen wollen, und die eine Ausbildung für den inneren oder äußeren Missionsdienst suchen, können sich melden.
Prospekte stehen zur Verfügung.
Die Leitung der Bibelschule.

Zum Ferienaufenthalt
empfiehlt sich
Erholungsheim „Waldrast"
Münsingen (Schwäb. Alb 800 m über d. M.)
Vorzügliche, nervenstärkende Albluft. Gute Unterkunft und Verpflegung. Prächtige Laubwälder, unmittelbar beim Haus.
Bis 1. Juli stark ermäßigte Preise.
Prospekte durch Verwalter Eisemann.

Liebhaber-Photographen
decken ihren Bedarf in der
Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955